

Prova A21

Geografia

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il candidato chiarisca quali competenze andrebbero valutate e con quale tipologia di verifica, in una seconda classe di un Istituto Tecnico del settore Economico, relativamente all'argomento "Il clima e le attività antropiche".

Quesito 2 - Si riassumano i punti fondamentali intorno ai quali organizzare una lezione sul Turismo sostenibile in una quinta classe di un Istituto Tecnico del settore Turistico.

Quesito 3 - Si imposti una Unità di Apprendimento sulla "Biodiversità" indicando i tempi, i metodi, le attività da realizzare e la tipologia di classe a cui destinarla.

Quesito 4 - Si imposti la progettazione di una Unità di Apprendimento sulle caratteristiche economiche di una regione italiana indicando: destinatari (tipologia di classe), tempi (numero di ore), competenze da valutare, metodi, strumenti, attività e modalità di verifica.

Quesito 5 - Il candidato spieghi come si possa affrontare l'argomento "Dinamiche migratorie attuali e del passato" in una seconda classe di un Istituto Tecnico del settore Economico.

Quesito 6 - La geografia può offrire significative competenze per la formulazione di progetti collegati all'educazione alla cittadinanza attiva. Il candidato argomenti come potrebbe essere spiegato a una classe di un Istituto Tecnico del settore Economico il fatto che occorra sapersi orientare in un'ottica transcalare, sia nella grandissima scala della pianta di un quartiere sia in quella piccolissima del planisfero, considerando che collocarsi nello spazio non è una semplice operazione geometrica, ma è soprattutto espressione di una capacità culturale.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Es wird immer schwieriger, die Jugendlichen einer bestimmten sozialen Kategorie zuzuordnen. Es sind zunehmend unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ungleichheit zwischen den jungen Menschen zu beobachten. Unter den Jugendlichen macht sich das Gefühl breit, als Generation ungerecht behandelt zu werden, und sie werden sich der Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme bewusst. Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme wird in Zukunft von der Bereitschaft und Fähigkeit der Jugend abhängen, zu deren Finanzierung beizutragen. Dazu werden die jungen Menschen nur in der Lage sein, wenn sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Somit gerät die Solidarität zwischen den Generationen – und damit die Bereitschaft der Jugend, zur sozialen Integration und zum Wohlergehen ihrer Eltern und Großeltern beizutragen – unter wachsenden Druck.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, der Übergang von der Schule zum Berufsleben müsse erleichtert werden. Das öffentliche Arbeitsmarktsystem spiele diesbezüglich eine wichtige Rolle und müsse verbessert werden. Die Jugendlichen beklagen auch einen Mangel an strategischen öffentlichen oder privaten Partnerschaften zur

Verbesserung der sozialen Interaktion insbesondere jener, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden.

Es muss vermieden werden, dass die rasch voranschreitende Innovation und der technologische Wandel neue Formen der sozialen Ausgrenzung hervorbringen. Die Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher, d.h. jener Jugendlichen, die das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I verlassen, steigt. Dies könnte dazu führen, dass diese Jugendlichen in einen generationsübergreifenden Teufelskreis von Armut in der Kindheit, geringem Bildungsniveau und Armut als Erwachsene geraten. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und der Gefahr einer technologischen Kluft: Beispielsweise ist die Nutzung des Internet unter Personen mit hohem Einkommen dreimal so häufig wie in den niedrigeren Einkommensgruppen. Somit haben die niedrigeren Einkommensgruppen weniger Zugang zur Technologie und laufen daher eher Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt und von der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung ausgeschlossen zu werden.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 45 (2001)

Ein funktionierendes Pensionssystem wird in Zukunft auch davon abhängen, ...

- a) ... ob die Jugendlichen die Verantwortung übernehmen für die Rente ihrer Eltern und Großeltern.
- b) ... ob das Rentensystem grundlegend reformiert wird.
- c) ... ob die Jugendlichen in der Lage und auch bereit sind, ihren Beitrag dazu zu leisten.
- d) ... ob die EU den Jugendlichen den Weg in die Arbeitswelt ebnet.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Es wird immer schwieriger, die Jugendlichen einer bestimmten sozialen Kategorie zuzuordnen. Es sind zunehmend unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ungleichheit zwischen den jungen Menschen zu beobachten. Unter den Jugendlichen macht sich das Gefühl breit, als Generation ungerecht behandelt zu werden, und sie werden sich der Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme bewusst. Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme wird in Zukunft von der Bereitschaft und Fähigkeit der Jugend abhängen, zu deren Finanzierung beizutragen. Dazu werden die jungen Menschen nur in der Lage sein, wenn sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Somit gerät die Solidarität zwischen den Generationen – und damit die Bereitschaft der Jugend, zur sozialen Integration und zum Wohlergehen ihrer Eltern und Großeltern beizutragen – unter wachsenden Druck.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, der Übergang von der Schule zum Berufsleben müsse erleichtert werden. Das öffentliche Arbeitsmarktsystem spiele diesbezüglich eine wichtige Rolle und müsse verbessert werden. Die Jugendlichen beklagen auch einen Mangel an strategischen öffentlichen oder privaten Partnerschaften zur Verbesserung der sozialen Interaktion insbesondere jener, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden.

Es muss vermieden werden, dass die rasch voranschreitende Innovation und der technologische Wandel neue Formen der sozialen Ausgrenzung hervorbringen. Die Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher, d.h. jener Jugendlichen, die das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I verlassen, steigt. Dies könnte dazu führen, dass diese Jugendlichen in einen generationsübergreifenden Teufelskreis von Armut in der Kindheit, geringem Bildungsniveau und Armut als Erwachsene geraten. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und der Gefahr einer technologischen Kluft: Beispielsweise ist die Nutzung des Internet unter Personen mit hohem Einkommen dreimal so häufig wie in den niedrigeren Einkommensgruppen. Somit haben die niedrigeren Einkommensgruppen weniger Zugang zur Technologie und laufen daher eher Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt und von der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung ausgeschlossen zu werden.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 45 (2001)

Die Jugendlichen erwarten sich ...

- a) ... eine Reform des Arbeitsmarktsystems, um den Übergang von der Schule in den Beruf leichter meistern zu können.
- b) ... eine klare Hilfestellung bei der Arbeitssuche.
- c) ... eine flächendeckende Aufklärungsarbeit zum Arbeitsmarktsystem.
- d) ... spezifische europäische Förderprogramme für eine bessere Berufsorientierung.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Es wird immer schwieriger, die Jugendlichen einer bestimmten sozialen Kategorie zuzuordnen. Es sind zunehmend unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ungleichheit zwischen den jungen Menschen zu beobachten. Unter den Jugendlichen macht sich das Gefühl breit, als Generation ungerecht behandelt zu werden, und sie werden sich der Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme bewusst. Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme wird in Zukunft von der Bereitschaft und Fähigkeit der Jugend abhängen, zu deren Finanzierung beizutragen. Dazu werden die jungen Menschen nur in der Lage sein, wenn sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Somit gerät die Solidarität zwischen den Generationen – und damit die Bereitschaft der Jugend, zur sozialen Integration und zum Wohlergehen ihrer Eltern und Großeltern beizutragen – unter wachsenden Druck.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, der Übergang von der Schule zum Berufsleben müsse erleichtert werden. Das öffentliche Arbeitsmarktsystem spiele diesbezüglich eine wichtige Rolle und müsse verbessert werden. Die Jugendlichen beklagen auch einen Mangel an strategischen öffentlichen oder privaten Partnerschaften zur Verbesserung der sozialen Interaktion insbesondere jener, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden.

Es muss vermieden werden, dass die rasch voranschreitende Innovation und der technologische Wandel neue Formen der sozialen Ausgrenzung hervorbringen. Die Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher, d.h. jener Jugendlichen, die das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I verlassen, steigt. Dies könnte dazu führen, dass diese Jugendlichen in einen generationsübergreifenden Teufelskreis von Armut in der Kindheit, geringem Bildungsniveau und Armut als Erwachsene geraten. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und der Gefahr einer technologischen Kluft: Beispielsweise ist die Nutzung des Internet unter Personen mit hohem Einkommen dreimal so häufig wie in den niedrigeren Einkommensgruppen. Somit haben die niedrigeren Einkommensgruppen weniger Zugang zur Technologie und laufen daher eher Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt und von der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung ausgeschlossen zu werden.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 45 (2001)

Die Jugendlichen befürchten, dass ...

- a) ... der sich abzeichnende Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu neuen Ausgrenzungen führen kann.
- b) ... sie mit den neuen Technologien nicht zurechtkommen.
- c) ... sie mit ihrer traditionellen Ausbildung auf dem neuen Arbeitsmarkt keine Chancen haben.
- d) ... sie den neuen beruflichen Herausforderungen nicht gewachsen sind.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage

des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Es wird immer schwieriger, die Jugendlichen einer bestimmten sozialen Kategorie zuzuordnen. Es sind zunehmend unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ungleichheit zwischen den jungen Menschen zu beobachten. Unter den Jugendlichen macht sich das Gefühl breit, als Generation ungerecht behandelt zu werden, und sie werden sich der Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme bewusst. Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme wird in Zukunft von der Bereitschaft und Fähigkeit der Jugend abhängen, zu deren Finanzierung beizutragen. Dazu werden die jungen Menschen nur in der Lage sein, wenn sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Somit gerät die Solidarität zwischen den Generationen – und damit die Bereitschaft der Jugend, zur sozialen Integration und zum Wohlergehen ihrer Eltern und Großeltern beizutragen – unter wachsenden Druck.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, der Übergang von der Schule zum Berufsleben müsse erleichtert werden. Das öffentliche Arbeitsmarktsystem spiele diesbezüglich eine wichtige Rolle und müsse verbessert werden. Die Jugendlichen beklagen auch einen Mangel an strategischen öffentlichen oder privaten Partnerschaften zur Verbesserung der sozialen Interaktion insbesondere jener, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden.

Es muss vermieden werden, dass die rasch voranschreitende Innovation und der technologische Wandel neue Formen der sozialen Ausgrenzung hervorbringen. Die Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher, d.h. jener Jugendlichen, die das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I verlassen, steigt. Dies könnte dazu führen, dass diese Jugendlichen in einen generationsübergreifenden Teufelskreis von Armut in der Kindheit, geringem Bildungsniveau und Armut als Erwachsene geraten. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und der Gefahr einer technologischen Kluft: Beispielsweise ist die Nutzung des Internet unter Personen mit hohem Einkommen dreimal so häufig wie in den niedrigeren Einkommensgruppen. Somit haben die niedrigeren Einkommensgruppen weniger Zugang zur Technologie und laufen daher eher Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt und von der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung ausgeschlossen zu werden.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 45 (2001)

Die Zahl der Jugendlichen, die ...

- a) ... sich um ihre Zukunft sorgen, war im letzten Jahrzehnt weit höher als heute.
- b) ... in ein Ausbildungsloch fallen, bleibt konstant.
- c) ... die Hochschulreife anstreben, nimmt konstant zu.
- d) ... weder die Ausbildungsreife noch die Hochschulreife erreichen, nimmt zu.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Es wird immer schwieriger, die Jugendlichen einer bestimmten sozialen Kategorie zuzuordnen. Es sind zunehmend unterschiedliche soziale Erfahrungen und Ungleichheit zwischen den jungen Menschen zu beobachten. Unter den Jugendlichen macht sich das Gefühl breit, als Generation ungerecht behandelt zu werden, und sie werden sich der Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme bewusst. Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme wird in Zukunft von der Bereitschaft und Fähigkeit der Jugend abhängen, zu deren Finanzierung beizutragen. Dazu werden die jungen Menschen nur in der Lage sein, wenn sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Somit gerät die Solidarität zwischen den Generationen – und damit die Bereitschaft der Jugend, zur sozialen Integration und zum Wohlergehen ihrer Eltern und Großeltern beizutragen – unter wachsenden Druck.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, der Übergang von der Schule zum Berufsleben müsse erleichtert werden. Das öffentliche Arbeitsmarktsystem spiele diesbezüglich eine wichtige Rolle und müsse verbessert werden. Die

Jugendlichen beklagen auch einen Mangel an strategischen öffentlichen oder privaten Partnerschaften zur Verbesserung der sozialen Interaktion insbesondere jener, die auf dem Arbeitsmarkt auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden.

Es muss vermieden werden, dass die rasch voranschreitende Innovation und der technologische Wandel neue Formen der sozialen Ausgrenzung hervorbringen. Die Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher, d.h. jener Jugendlichen, die das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I verlassen, steigt. Dies könnte dazu führen, dass diese Jugendlichen in einen generationsübergreifenden Teufelskreis von Armut in der Kindheit, geringem Bildungsniveau und Armut als Erwachsene geraten. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und der Gefahr einer technologischen Kluft: Beispielsweise ist die Nutzung des Internet unter Personen mit hohem Einkommen dreimal so häufig wie in den niedrigeren Einkommensgruppen. Somit haben die niedrigeren Einkommensgruppen weniger Zugang zur Technologie und laufen daher eher Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt und von der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung ausgeschlossen zu werden.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 45 (2001)

Für Jugendliche aus einem sozial schwachen Elternhaus, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen, ...

- a) ... ist es durchaus möglich, auch später noch einen Ausbildungsplatz zu finden und sozial aufzuholen.
- b) ... könnte sich ein Teufelskreis auftun und eine Zukunft in Armut abzeichnen.
- c) ... ist es eher unwahrscheinlich, dass sie zu den zukünftigen Verlierern der Gesellschaft gehören.
- d) ... gibt es ein soziales Sicherungsnetz.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Ziele und Definitionen

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen soll mit dem vorliegenden Eurydice-Bericht dargestellt werden, wie sich politische Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Bildung (Bürgererziehung, Erziehung zur aktiven Staatsbürgerschaft) in den letzten Jahren in den europäischen Staaten entwickelt haben.

[...]

Dieser Bericht stützt sich auf den konzeptionellen Rahmen, der in der vorangegangenen Studie des Eurydice-Netzes zum gleichen Thema (Eurydice, 2005) aufgestellt worden war und sich seinerseits in gewissem Umfang an den Definitionen des Europarats in seinem Projekt „Education for Democratic Citizenship“ („Bildung zu demokratischer Staatsbürgerschaft“) anlehnt. Wie bei verschiedenen anderen Forschungsarbeiten im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung leitet sich dieser Bericht von einer weiterentwickelten Konzeption der Staatsbürgerschaft ab und trägt dem Aspekt Rechnung, dass diese Konzeption weit über die bloße rechtliche Verbindung zwischen Menschen und Staat hinausgeht. Dieser Begriff des Staatsbürgers, der sich auf die Beteiligung der Bürger am politischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft erstreckt, basiert auf der Einhaltung eines gemeinsamen Wertekanons, der das Kernstück der demokratischen Gesellschaften ausmacht, und in der Definition der „aktiven Staatsbürgerschaft“ enthalten ist (Hoskins et al., 2006), die auf europäischer Ebene gefördert wird.

Bei den Bürgerkompetenzen, die notwendig sind, um eine aktive Staatsbürgerschaft – entsprechend der Definition im Europäischen Rahmen der Schlüsselkompetenzen – ausüben zu können, stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: Kenntnis der demokratischen Grundkonzepte, einschließlich des Wissens um gesellschaftliche, soziale und politische Bewegungen; der europäische Integrationsprozess und die Strukturen der EU; ferner wichtige soziale Entwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart. Die Bürgerkompetenzen erfordern darüber hinaus Fähigkeiten wie kritisches Denken und Kommunikationsfähigkeiten sowie die Fähigkeit und den Willen zur konstruktiven Mitwirkung im öffentlichen Bereich, unter anderem an Entscheidungsprozessen durch die

Beteiligung an Wahlen. Als weitere integrale Komponenten der Bürgerkompetenzen werden das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen, die Achtung demokratischer Werte und der Vielfalt sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 8f URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Der Bericht setzt sich zum Ziel, ...

- a) ... einen europäischen Lehrplan für das Fach Staatsbürgerkunde zu entwickeln.
- b) ... die Geschichte des Fachs Staatsbürgerkunde in den einzelnen europäischen Ländern aufzuarbeiten.
- c) ... aufzuzeigen, wie das europäische Projekt staatsbürgerliche Erziehung in den einzelnen Ländern umgesetzt wird.
- d) ... neue Richtlinien für die staatsbürgerliche Erziehung in Europa zu entwerfen.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Ziele und Definitionen

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen soll mit dem vorliegenden Eurydice-Bericht dargestellt werden, wie sich politische Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Bildung (Bürgererziehung, Erziehung zur aktiven Staatsbürgerschaft) in den letzten Jahren in den europäischen Staaten entwickelt haben.

[...]

Dieser Bericht stützt sich auf den konzeptionellen Rahmen, der in der vorangegangenen Studie des Eurydice-Netzes zum gleichen Thema (Eurydice, 2005) aufgestellt worden war und sich seinerseits in gewissem Umfang an den Definitionen des Europarats in seinem Projekt „Education for Democratic Citizenship“ („Bildung zu demokratischer Staatsbürgerschaft“) anlehnt. Wie bei verschiedenen anderen Forschungsarbeiten im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung leitet sich dieser Bericht von einer weiterentwickelten Konzeption der Staatsbürgerschaft ab und trägt dem Aspekt Rechnung, dass diese Konzeption weit über die bloße rechtliche Verbindung zwischen Menschen und Staat hinausgeht. Dieser Begriff des Staatsbürgers, der sich auf die Beteiligung der Bürger am politischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft erstreckt, basiert auf der Einhaltung eines gemeinsamen Wertekanons, der das Kernstück der demokratischen Gesellschaften ausmacht, und in der Definition der „aktiven Staatsbürgerschaft“ enthalten ist (Hoskins et al., 2006), die auf europäischer Ebene gefördert wird.

Bei den Bürgerkompetenzen, die notwendig sind, um eine aktive Staatsbürgerschaft – entsprechend der Definition im Europäischen Rahmen der Schlüsselkompetenzen – ausüben zu können, stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: Kenntnis der demokratischen Grundkonzepte, einschließlich des Wissens um gesellschaftliche, soziale und politische Bewegungen; der europäische Integrationsprozess und die Strukturen der EU; ferner wichtige soziale Entwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart. Die Bürgerkompetenzen erfordern darüber hinaus Fähigkeiten wie kritisches Denken und Kommunikationsfähigkeiten sowie die Fähigkeit und den Willen zur konstruktiven Mitwirkung im öffentlichen Bereich, unter anderem an Entscheidungsprozessen durch die Beteiligung an Wahlen. Als weitere integrale Komponenten der Bürgerkompetenzen werden das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen, die Achtung demokratischer Werte und der Vielfalt sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 8f URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Der Begriff „Staatsbürger“ bezeichnet im vorliegenden Zusammenhang eine Person, die ...

- a) ... Mitglied einer politischen Partei ist und sich aktiv am politischen Leben beteiligt.
- b) ... in einer Bürgergemeinde wohnt.
- c) ... einen Personalausweis, einen Pass und einen Führerschein besitzt.
- d) ... sich auf der Basis eines gemeinsamen Wertekanons am politischen, sozialen und kulturellen Leben einer Gesellschaft aktiv beteiligt.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Ziele und Definitionen

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen soll mit dem vorliegenden Eurydice-Bericht dargestellt werden, wie sich politische Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Bildung (Bürgererziehung, Erziehung zur aktiven Staatsbürgerschaft) in den letzten Jahren in den europäischen Staaten entwickelt haben.

[...]

Dieser Bericht stützt sich auf den konzeptionellen Rahmen, der in der vorangegangenen Studie des Eurydice-Netzes zum gleichen Thema (Eurydice, 2005) aufgestellt worden war und sich seinerseits in gewissem Umfang an den Definitionen des Europarats in seinem Projekt „Education for Democratic Citizenship“ („Bildung zu demokratischer Staatsbürgerschaft“) anlehnt. Wie bei verschiedenen anderen Forschungsarbeiten im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung leitet sich dieser Bericht von einer weiterentwickelten Konzeption der Staatsbürgerschaft ab und trägt dem Aspekt Rechnung, dass diese Konzeption weit über die bloße rechtliche Verbindung zwischen Menschen und Staat hinausgeht. Dieser Begriff des Staatsbürgers, der sich auf die Beteiligung der Bürger am politischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft erstreckt, basiert auf der Einhaltung eines gemeinsamen Wertekanons, der das Kernstück der demokratischen Gesellschaften ausmacht, und in der Definition der „aktiven Staatsbürgerschaft“ enthalten ist (Hoskins et al., 2006), die auf europäischer Ebene gefördert wird.

Bei den Bürgerkompetenzen, die notwendig sind, um eine aktive Staatsbürgerschaft – entsprechend der Definition im Europäischen Rahmen der Schlüsselkompetenzen – ausüben zu können, stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: Kenntnis der demokratischen Grundkonzepte, einschließlich des Wissens um gesellschaftliche, soziale und politische Bewegungen; der europäische Integrationsprozess und die Strukturen der EU; ferner wichtige soziale Entwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart. Die Bürgerkompetenzen erfordern darüber hinaus Fähigkeiten wie kritisches Denken und Kommunikationsfähigkeiten sowie die Fähigkeit und den Willen zur konstruktiven Mitwirkung im öffentlichen Bereich, unter anderem an Entscheidungsprozessen durch die Beteiligung an Wahlen. Als weitere integrale Komponenten der Bürgerkompetenzen werden das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen, die Achtung demokratischer Werte und der Vielfalt sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 8f URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Zu den Voraussetzungen für eine aktive Staatsbürgerschaft gehören ...

- a) ... ein staatsbürgerlicher „Führerschein“.
- b) ... demokratisches Basiswissen und die Kenntnis der historischen und aktuellen Entwicklungen.

- c) ... Abitur und ein Hochschulstudium.
- d) ... eine mehrsprachige Erziehung.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Ziele und Definitionen

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen soll mit dem vorliegenden Eurydice-Bericht dargestellt werden, wie sich politische Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Bildung (Bürgererziehung, Erziehung zur aktiven Staatsbürgerschaft) in den letzten Jahren in den europäischen Staaten entwickelt haben.

[...]

Dieser Bericht stützt sich auf den konzeptionellen Rahmen, der in der vorangegangenen Studie des Eurydice-Netzes zum gleichen Thema (Eurydice, 2005) aufgestellt worden war und sich seinerseits in gewissem Umfang an den Definitionen des Europarats in seinem Projekt „Education for Democratic Citizenship“ („Bildung zu demokratischer Staatsbürgerschaft“) anlehnt. Wie bei verschiedenen anderen Forschungsarbeiten im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung leitet sich dieser Bericht von einer weiterentwickelten Konzeption der Staatsbürgerschaft ab und trägt dem Aspekt Rechnung, dass diese Konzeption weit über die bloße rechtliche Verbindung zwischen Menschen und Staat hinausgeht. Dieser Begriff des Staatsbürgers, der sich auf die Beteiligung der Bürger am politischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft erstreckt, basiert auf der Einhaltung eines gemeinsamen Wertekanons, der das Kernstück der demokratischen Gesellschaften ausmacht, und in der Definition der „aktiven Staatsbürgerschaft“ enthalten ist (Hoskins et al., 2006), die auf europäischer Ebene gefördert wird.

Bei den Bürgerkompetenzen, die notwendig sind, um eine aktive Staatsbürgerschaft – entsprechend der Definition im Europäischen Rahmen der Schlüsselkompetenzen – ausüben zu können, stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: Kenntnis der demokratischen Grundkonzepte, einschließlich des Wissens um gesellschaftliche, soziale und politische Bewegungen; der europäische Integrationsprozess und die Strukturen der EU; ferner wichtige soziale Entwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart. Die Bürgerkompetenzen erfordern darüber hinaus Fähigkeiten wie kritisches Denken und Kommunikationsfähigkeiten sowie die Fähigkeit und den Willen zur konstruktiven Mitwirkung im öffentlichen Bereich, unter anderem an Entscheidungsprozessen durch die Beteiligung an Wahlen. Als weitere integrale Komponenten der Bürgerkompetenzen werden das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen, die Achtung demokratischer Werte und der Vielfalt sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 8f URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Wozu sollten europäische Bürgerinnen und Bürger fähig sein?

- a) Aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sollten die Ereignisse beobachten können.
- b) Sie sollten in der Lage sein, in anderen europäischen Ländern Erfahrungen zu sammeln.
- c) Als aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sollten sie kritisch denken können und zu politischem Handeln fähig und bereit sein.
- d) Um aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu sein, müssen sie mindestens vier europäische Sprachen beherrschen.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Ziele und Definitionen

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen soll mit dem vorliegenden Eurydice-Bericht dargestellt werden, wie sich politische Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Bildung (Bürgererziehung, Erziehung zur aktiven Staatsbürgerschaft) in den letzten Jahren in den europäischen Staaten entwickelt haben.

[...]

Dieser Bericht stützt sich auf den konzeptionellen Rahmen, der in der vorangegangenen Studie des Eurydice-Netzes zum gleichen Thema (Eurydice, 2005) aufgestellt worden war und sich seinerseits in gewissem Umfang an den Definitionen des Europarats in seinem Projekt „Education for Democratic Citizenship“ („Bildung zu demokratischer Staatsbürgerschaft“) anlehnt. Wie bei verschiedenen anderen Forschungsarbeiten im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung leitet sich dieser Bericht von einer weiterentwickelten Konzeption der Staatsbürgerschaft ab und trägt dem Aspekt Rechnung, dass diese Konzeption weit über die bloße rechtliche Verbindung zwischen Menschen und Staat hinausgeht. Dieser Begriff des Staatsbürgers, der sich auf die Beteiligung der Bürger am politischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft erstreckt, basiert auf der Einhaltung eines gemeinsamen Wertekanons, der das Kernstück der demokratischen Gesellschaften ausmacht, und in der Definition der „aktiven Staatsbürgerschaft“ enthalten ist (Hoskins et al., 2006), die auf europäischer Ebene gefördert wird.

Bei den Bürgerkompetenzen, die notwendig sind, um eine aktive Staatsbürgerschaft – entsprechend der Definition im Europäischen Rahmen der Schlüsselkompetenzen – ausüben zu können, stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: Kenntnis der demokratischen Grundkonzepte, einschließlich des Wissens um gesellschaftliche, soziale und politische Bewegungen; der europäische Integrationsprozess und die Strukturen der EU; ferner wichtige soziale Entwicklungen der Vergangenheit und Gegenwart. Die Bürgerkompetenzen erfordern darüber hinaus Fähigkeiten wie kritisches Denken und Kommunikationsfähigkeiten sowie die Fähigkeit und den Willen zur konstruktiven Mitwirkung im öffentlichen Bereich, unter anderem an Entscheidungsprozessen durch die Beteiligung an Wahlen. Als weitere integrale Komponenten der Bürgerkompetenzen werden das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen, die Achtung demokratischer Werte und der Vielfalt sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 8f URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Welche Grundwerte gehören für europäische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zum Kanon?

- a) Identifikation mit den Idealen der Demokratie.
- b) Achtung der Demokratie, eine Ethik der Nachhaltigkeit und das Gefühl, dazuzugehören.
- c) Transkulturelles Denken und aktive Mitarbeit in politischen Gremien.
- d) Umweltschutz und nachhaltiger Tourismus sowie eine Multikulti-Grundhaltung.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Participation of Young People in Society

Three upper secondary schools from Finland, Germany and the Netherlands found each other on the eTwinning platform because they were all interested in developing a project on democracy in school. Thus, the three schools decided to apply for funding for a Strategic Partnership. The aim of the project was to develop school leadership

by involving teachers, pupils and parents in the school decision-making. The project lasted three years and each year the participating schools looked at how each of these groups were actually involved in the school decision-making and how their participation could realistically be improved on the basis of what they learnt from their partners. The project actively involved the school management, teachers and parents. Gradually, participating pupils developed their autonomy and critical thinking skills, as well as their understanding of concepts such as freedom, rights and obligations. They also reflected on how they could contribute to make their school more relevant for them. Throughout the project activities, pupils had the opportunity to express their opinions, to listen to the opinions of others, to discuss using relevant arguments, and to explain decisions using valid reasons. The project activities took place both through the project TwinSpace on the eTwinning site and face-to-face in two meetings, where a group of pupils from each school participated with their teachers. School management and representatives of parents also participated in the meetings. Between the face-to-face meetings, the partners used the eTwinning site to collaborate on developing the project activities, discuss and share resources. Pupils opened a collaborative blog where they posted pictures and updates on project activities, as well as opinions and reflections on the topics they were working on. The blog, the teaching plans and learning materials developed in the project, as well as some of the pupils' work, were published through eTwinning and made available as a shared resource.

Excerpted from: GENERAL INFORMATION ABOUT THE ERASMUS+ PROGRAMME

Three upper secondary schools from Finland, Germany and the Netherlands

- a) were exclusively interested in developing an eTwinning platform
- b) decided to fund a Strategic Partnership to reduce taxation
- c) aimed at advancing democracy and guidance in school
- d) actively involved teachers, pupils and parents in funding applications

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Participation of Young People in Society

Three upper secondary schools from Finland, Germany and the Netherlands found each other on the eTwinning platform because they were all interested in developing a project on democracy in school. Thus, the three schools decided to apply for funding for a Strategic Partnership. The aim of the project was to develop school leadership by involving teachers, pupils and parents in the school decision-making. The project lasted three years and each year the participating schools looked at how each of these groups were actually involved in the school decision-making and how their participation could realistically be improved on the basis of what they learnt from their partners. The project actively involved the school management, teachers and parents. Gradually, participating pupils developed their autonomy and critical thinking skills, as well as their understanding of concepts such as freedom, rights and obligations. They also reflected on how they could contribute to make their school more relevant for them. Throughout the project activities, pupils had the opportunity to express their opinions, to listen to the opinions of others, to discuss using relevant arguments, and to explain decisions using valid reasons. The project activities took place both through the project TwinSpace on the eTwinning site and face-to-face in two meetings, where a group of pupils from each school participated with their teachers. School management and representatives of parents also participated in the meetings. Between the face-to-face meetings, the partners used the eTwinning site to collaborate on developing the project activities, discuss and share resources. Pupils opened a collaborative blog where they posted pictures and updates on project activities, as well as opinions and reflections on the topics they were working on. The blog, the teaching plans and learning materials developed in the project, as well as some of the pupils' work, were published through eTwinning and made available as a shared resource.

Excerpted from: GENERAL INFORMATION ABOUT THE ERASMUS+ PROGRAMME

The multinational project mentioned in the text

- a) relied on a good prior knowledge of traditional school subjects
- b) dynamically engaged the school guidance, teachers and parents
- c) hindered pupils' autonomy and critical thinking skills on concepts such as freedom, rights and obligations
- d) was challenged by stakeholders every year

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Participation of Young People in Society

Three upper secondary schools from Finland, Germany and the Netherlands found each other on the eTwinning platform because they were all interested in developing a project on democracy in school. Thus, the three schools decided to apply for funding for a Strategic Partnership. The aim of the project was to develop school leadership by involving teachers, pupils and parents in the school decision-making. The project lasted three years and each year the participating schools looked at how each of these groups were actually involved in the school decision-making and how their participation could realistically be improved on the basis of what they learnt from their partners. The project actively involved the school management, teachers and parents. Gradually, participating pupils developed their autonomy and critical thinking skills, as well as their understanding of concepts such as freedom, rights and obligations. They also reflected on how they could contribute to make their school more relevant for them. Throughout the project activities, pupils had the opportunity to express their opinions, to listen to the opinions of others, to discuss using relevant arguments, and to explain decisions using valid reasons. The project activities took place both through the project TwinSpace on the eTwinning site and face-to-face in two meetings, where a group of pupils from each school participated with their teachers. School management and representatives of parents also participated in the meetings. Between the face-to-face meetings, the partners used the eTwinning site to collaborate on developing the project activities, discuss and share resources. Pupils opened a collaborative blog where they posted pictures and updates on project activities, as well as opinions and reflections on the topics they were working on. The blog, the teaching plans and learning materials developed in the project, as well as some of the pupils' work, were published through eTwinning and made available as a shared resource.

Excerpted from: GENERAL INFORMATION ABOUT THE ERASMUS+ PROGRAMME

The development of the eTwinning project mentioned in the text

- a) aimed at constraining decision-making
- b) enabled pupils to take over major management and financial functions
- c) was curbed by Finnish, German and Dutch bureaucracy
- d) entailed a reflection on the relevancy of the school to the pupils' lives

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Participation of Young People in Society

Three upper secondary schools from Finland, Germany and the Netherlands found each other on the eTwinning platform because they were all interested in developing a project on democracy in school. Thus, the three schools decided to apply for funding for a Strategic Partnership. The aim of the project was to develop school leadership

by involving teachers, pupils and parents in the school decision-making. The project lasted three years and each year the participating schools looked at how each of these groups were actually involved in the school decision-making and how their participation could realistically be improved on the basis of what they learnt from their partners. The project actively involved the school management, teachers and parents. Gradually, participating pupils developed their autonomy and critical thinking skills, as well as their understanding of concepts such as freedom, rights and obligations. They also reflected on how they could contribute to make their school more relevant for them. Throughout the project activities, pupils had the opportunity to express their opinions, to listen to the opinions of others, to discuss using relevant arguments, and to explain decisions using valid reasons. The project activities took place both through the project TwinSpace on the eTwinning site and face-to-face in two meetings, where a group of pupils from each school participated with their teachers. School management and representatives of parents also participated in the meetings. Between the face-to-face meetings, the partners used the eTwinning site to collaborate on developing the project activities, discuss and share resources. Pupils opened a collaborative blog where they posted pictures and updates on project activities, as well as opinions and reflections on the topics they were working on. The blog, the teaching plans and learning materials developed in the project, as well as some of the pupils' work, were published through eTwinning and made available as a shared resource.

Excerpted from: GENERAL INFORMATION ABOUT THE ERASMUS+ PROGRAMME

The use of Information and Communication Technology

- a) required highly specialized professional and technological expertise to work properly
- b) was essential to the project planning and development
- c) became superfluous and harmful in the course of the project
- d) was secondary, since the project started with face-to-face meetings

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Active Participation of Young People in Society

Three upper secondary schools from Finland, Germany and the Netherlands found each other on the eTwinning platform because they were all interested in developing a project on democracy in school. Thus, the three schools decided to apply for funding for a Strategic Partnership. The aim of the project was to develop school leadership by involving teachers, pupils and parents in the school decision-making. The project lasted three years and each year the participating schools looked at how each of these groups were actually involved in the school decision-making and how their participation could realistically be improved on the basis of what they learnt from their partners. The project actively involved the school management, teachers and parents. Gradually, participating pupils developed their autonomy and critical thinking skills, as well as their understanding of concepts such as freedom, rights and obligations. They also reflected on how they could contribute to make their school more relevant for them. Throughout the project activities, pupils had the opportunity to express their opinions, to listen to the opinions of others, to discuss using relevant arguments, and to explain decisions using valid reasons. The project activities took place both through the project TwinSpace on the eTwinning site and face-to-face in two meetings, where a group of pupils from each school participated with their teachers. School management and representatives of parents also participated in the meetings. Between the face-to-face meetings, the partners used the eTwinning site to collaborate on developing the project activities, discuss and share resources. Pupils opened a collaborative blog where they posted pictures and updates on project activities, as well as opinions and reflections on the topics they were working on. The blog, the teaching plans and learning materials developed in the project, as well as some of the pupils' work, were published through eTwinning and made available as a shared resource.

Excerpted from: GENERAL INFORMATION ABOUT THE ERASMUS+ PROGRAMME

Pupils utilized a collaborative blog to

- a) share their opinions, reflections and updates
- b) restrict the use of resources exclusively to clever pupils
- c) shape others' opinions and manipulate their reflections
- d) enhance face to face activity, which was their ultimate goal

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

U.S. Citizenship and Immigration Reform

In recent years, the concept of U.S. citizenship has figured in public debate largely in connection with immigration reform. Should immigrants who are in the country illegally be given a "path to citizenship"? Should children born to parents who are not here legally be entitled to "birthright citizenship"? Should young people who are here illegally be allowed to stay indefinitely as non-naturalized residents or would that constitute "second-class citizenship"?

But citizenship has meanings that are deeper and more subtle than legal permission to live in this country. It defines an individual's relationship to his country and thus strikes chords of nationalism and personal responsibility, duty and rights. America, it is often said, is a nation of immigrants. Is it also a nation of citizens? As with so many foundational questions in American life, this one has its roots in the language of the Constitution. And as with so many constitutional questions, that language embraces large and sometimes competing values. The Constitution refers to the "privileges and immunities" of citizenship, for example, but it also offers important protection for "persons" living here regardless of nationality, including the right to equal protection of the laws and due process of law. "Persons" may attend schools, hold jobs, pay taxes and receive benefits. Holders of permanent resident cards — better known as green cards — may apply for citizenship after five years of living in this country. But even if they never apply for citizenship, permanent residents are participants in the economy and their local communities, and often have spouses and children who are U.S. citizens. Some would argue that they should also be allowed to vote (if only in local elections) or serve on juries.

See: <http://www.latimes.com/nation/la-ed-citizenship-part-1-20141005-story.html>

Which question about immigration reform is NOT mentioned?

- a) Whether children born in the U.S. to illegal immigrants should be given citizenship
- b) Whether illegal immigrants should be allowed to do military service
- c) Whether young illegal immigrants should be allowed to stay indefinitely in the U.S.
- d) Whether illegal immigrants should be allowed to follow special procedures to gain citizenship

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

U.S. Citizenship and Immigration Reform

In recent years, the concept of U.S. citizenship has figured in public debate largely in connection with immigration reform. Should immigrants who are in the country illegally be given a "path to citizenship"? Should children born to parents who are not here legally be entitled to "birthright citizenship"? Should young people who are here illegally be allowed to stay indefinitely as non-naturalized residents or would that constitute "second-class citizenship"?

But citizenship has meanings that are deeper and more subtle than legal permission to live in this country. It defines an individual's relationship to his country and thus strikes chords of nationalism and personal responsibility, duty and rights. America, it is often said, is a nation of immigrants. Is it also a nation of citizens? As with so many foundational questions in American life, this one has its roots in the language of the Constitution. And as with so many constitutional questions, that language embraces large and sometimes competing values.

The Constitution refers to the "privileges and immunities" of citizenship, for example, but it also offers important protection for "persons" living here regardless of nationality, including the right to equal protection of the laws and due process of law. "Persons" may attend schools, hold jobs, pay taxes and receive benefits. Holders of permanent resident cards — better known as green cards — may apply for citizenship after five years of living in this country. But even if they never apply for citizenship, permanent residents are participants in the economy and their local communities, and often have spouses and children who are U.S. citizens. Some would argue that they should also be allowed to vote (if only in local elections) or serve on juries.

See: <http://www.latimes.com/nation/la-ed-citizenship-part-1-20141005-story.html>

Which one of the following focuses on the meaning of citizenship rather than viewing it as a means to have legal permission to stay in America?

- a) A concern with possible health benefits.
- b) A concern with how to get a permanent resident card.
- c) A concern with how to avoid serving on a jury.
- d) A concern with civic duties, rights, and responsibilities.

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

U.S. Citizenship and Immigration Reform

In recent years, the concept of U.S. citizenship has figured in public debate largely in connection with immigration reform. Should immigrants who are in the country illegally be given a "path to citizenship"? Should children born to parents who are not here legally be entitled to "birthright citizenship"? Should young people who are here illegally be allowed to stay indefinitely as non-naturalized residents or would that constitute "second-class citizenship"?

But citizenship has meanings that are deeper and more subtle than legal permission to live in this country. It defines an individual's relationship to his country and thus strikes chords of nationalism and personal responsibility, duty and rights. America, it is often said, is a nation of immigrants. Is it also a nation of citizens? As with so many foundational questions in American life, this one has its roots in the language of the Constitution. And as with so many constitutional questions, that language embraces large and sometimes competing values. The Constitution refers to the "privileges and immunities" of citizenship, for example, but it also offers important protection for "persons" living here regardless of nationality, including the right to equal protection of the laws and due process of law. "Persons" may attend schools, hold jobs, pay taxes and receive benefits. Holders of permanent resident cards — better known as green cards — may apply for citizenship after five years of living in this country. But even if they never apply for citizenship, permanent residents are participants in the economy and their local communities, and often have spouses and children who are U.S. citizens. Some would argue that they should also be allowed to vote (if only in local elections) or serve on juries.

See: <http://www.latimes.com/nation/la-ed-citizenship-part-1-20141005-story.html>

The U.S. constitution protects

- a) both citizens and all those living in the US.
- b) only citizens and green card holders.
- c) only citizens.
- d) only citizens and holders of permanent resident cards.

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

U.S. Citizenship and Immigration Reform

In recent years, the concept of U.S. citizenship has figured in public debate largely in connection with immigration reform. Should immigrants who are in the country illegally be given a "path to citizenship"? Should children born to parents who are not here legally be entitled to "birthright citizenship"? Should young people who are here illegally be allowed to stay indefinitely as non-naturalized residents or would that constitute "second-class citizenship"?

But citizenship has meanings that are deeper and more subtle than legal permission to live in this country. It defines an individual's relationship to his country and thus strikes chords of nationalism and personal responsibility, duty and rights. America, it is often said, is a nation of immigrants. Is it also a nation of citizens? As with so many foundational questions in American life, this one has its roots in the language of the Constitution. And as with so many constitutional questions, that language embraces large and sometimes competing values. The Constitution refers to the "privileges and immunities" of citizenship, for example, but it also offers important protection for "persons" living here regardless of nationality, including the right to equal protection of the laws and due process of law. "Persons" may attend schools, hold jobs, pay taxes and receive benefits. Holders of permanent resident cards — better known as green cards — may apply for citizenship after five years of living in this country. But even if they never apply for citizenship, permanent residents are participants in the economy and their local communities, and often have spouses and children who are U.S. citizens. Some would argue that they should also be allowed to vote (if only in local elections) or serve on juries.

See: <http://www.latimes.com/nation/la-ed-citizenship-part-1-20141005-story.html>

If you have a green card, you cannot

- a) serve on a jury.
- b) marry an American citizen.
- c) work.
- d) attend school.

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

U.S. Citizenship and Immigration Reform

In recent years, the concept of U.S. citizenship has figured in public debate largely in connection with immigration reform. Should immigrants who are in the country illegally be given a "path to citizenship"? Should children born to parents who are not here legally be entitled to "birthright citizenship"? Should young people who are here illegally be allowed to stay indefinitely as non-naturalized residents or would that constitute "second-class citizenship"?

But citizenship has meanings that are deeper and more subtle than legal permission to live in this country. It defines an individual's relationship to his country and thus strikes chords of nationalism and personal responsibility, duty and rights. America, it is often said, is a nation of immigrants. Is it also a nation of citizens? As with so many foundational questions in American life, this one has its roots in the language of the Constitution. And as with so many constitutional questions, that language embraces large and sometimes competing values. The Constitution refers to the "privileges and immunities" of citizenship, for example, but it also offers important protection for "persons" living here regardless of nationality, including the right to equal protection of the laws and due process of law. "Persons" may attend schools, hold jobs, pay taxes and receive benefits. Holders of permanent resident cards — better known as green cards — may apply for citizenship after five years of living in this country. But even if they never apply for citizenship, permanent residents are participants in the economy and their local communities, and often have spouses and children who are U.S. citizens. Some would argue that they should also be allowed to vote (if only in local elections) or serve on juries.

See: <http://www.latimes.com/nation/la-ed-citizenship-part-1-20141005-story.html>

If a person has a permanent resident card,

- a) he or she must renew the green card every 5 years.
- b) he or she can apply for citizenship after five years.
- c) he or she will remain a second-class person.
- d) he or she cannot apply for citizenship.

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

CIUDADANÍA E INTERCULTURALIDAD: CLAVES PARA LA EDUCACIÓN DEL SIGLO XXI

En cualquier ciudad del mundo la pluralidad y la diversidad inherentes al ser humano están presentes, pudiéndose observar gentes de distinta nacionalidad, lengua, color, ideología y clase social habitando un mismo espacio. Más allá de constituir una imagen folclórica, esta representación nos invita a reflexionar sobre los modos de estar y de participar en la vida ciudadana. La ciudadanía, desde su origen en la polis griega, ha venido articulándose a través del binomio exclusión/inclusión constituyéndose, en la mayoría de ocasiones, en una noción excluyente que evidencia los privilegios, los derechos y los límites de unos frente a otros.

Hoy en día esas visiones excluyentes y homogéneas deben abandonarse para dar paso a las nuevas formas de pensar y de actuar que exige la multiculturalidad. La ciudadanía tiene que ser pensada desde nuevos marcos ligados a la justicia, a la equidad, al diálogo continuo y abierto a la otredad. Cabe pensar en una ciudadanía intercultural que produzca el diálogo entre las culturas, que lleve al respeto por las diferencias, y a dilucidar conjuntamente aquello a lo que sería irrenunciable si se quiere construir una convivencia justa y feliz.

Para alcanzar dichas metas se debe construir un proyecto de ciudad que considere que, más allá de las fronteras y de las barreras, existen las personas que habitan ese espacio. En dicho proyecto se deben tomar decisiones frente a la discriminación, la segregación, la falta de reconocimiento y la ausencia de libertad cultural, entre otras realidades.

[...] Pero a ser ciudadano se aprende, así que educar en la interculturalidad adquiere una dimensión fundamental e imprescindible. [...] La educación debe ofrecer al futuro ciudadano los conocimientos, habilidades, competencias, actitudes y valores necesarios para asumir activamente su papel como personas responsables, solidarias y sensibles a las diferentes realidades.

Si queremos hacer una educación de calidad, es necesario conectar el mundo escolar con las necesidades de la sociedad del siglo XXI, lo que exige replantear y reconstruir nuestro sistema educativo.

Arnáiz Sánchez, P., R. De Haro Rodríguez (2004). "Ciudadanía e interculturalidad: claves para la educación del siglo XXI". *Educatio siglo XXI*. 22. 19-37.

<http://revistas.um.es/educatio/article/view/97>

La pluralidad de individuos humanos dentro de un mismo espacio físico

- a) provoca conflictos cada vez más frecuentes en nuestras ciudades
- b) es una simple imagen folclórica que no tiene cabida en nuestras ciudades
- c) nos estimula a plantearnos modos distintos de participar en la vida pública como ciudadanos
- d) se nota en la presencia de ciudadanos de distinto color

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la

siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

CIUDADANÍA E INTERCULTURALIDAD: CLAVES PARA LA EDUCACIÓN DEL SIGLO XXI

En cualquier ciudad del mundo la pluralidad y la diversidad inherentes al ser humano están presentes, pudiéndose observar gentes de distinta nacionalidad, lengua, color, ideología y clase social habitando un mismo espacio. Más allá de constituir una imagen folclórica, esta representación nos invita a reflexionar sobre los modos de estar y de participar en la vida ciudadana. La ciudadanía, desde su origen en la polis griega, ha venido articulándose a través del binomio exclusión/inclusión constituyéndose, en la mayoría de ocasiones, en una noción excluyente que evidencia los privilegios, los derechos y los límites de unos frente a otros.

Hoy en día esas visiones excluyentes y homogéneas deben abandonarse para dar paso a las nuevas formas de pensar y de actuar que exige la multiculturalidad. La ciudadanía tiene que ser pensada desde nuevos marcos ligados a la justicia, a la equidad, al diálogo continuo y abierto a la otredad. Cabe pensar en una ciudadanía intercultural que produzca el diálogo entre las culturas, que lleve al respeto por las diferencias, y a dilucidar conjuntamente aquello a lo que sería irrenunciable si se quiere construir una convivencia justa y feliz.

Para alcanzar dichas metas se debe construir un proyecto de ciudad que considere que, más allá de las fronteras y de las barreras, existen las personas que habitan ese espacio. En dicho proyecto se deben tomar decisiones frente a la discriminación, la segregación, la falta de reconocimiento y la ausencia de libertad cultural, entre otras realidades.

[...] Pero a ser ciudadano se aprende, así que educar en la interculturalidad adquiere una dimensión fundamental e imprescindible. [...] La educación debe ofrecer al futuro ciudadano los conocimientos, habilidades, competencias, actitudes y valores necesarios para asumir activamente su papel como personas responsables, solidarias y sensibles a las diferentes realidades.

Si queremos hacer una educación de calidad, es necesario conectar el mundo escolar con las necesidades de la sociedad del siglo XXI, lo que exige replantear y reconstruir nuestro sistema educativo.

Arnáiz Sánchez, P., R. De Haro Rodríguez (2004). "Ciudadanía e interculturalidad: claves para la educación del siglo XXI". *Educatio siglo XXI*. 22. 19-37.

<http://revistas.um.es/educatio/article/view/97>

El binomio exclusión/inclusión

- a) evidencia los privilegios de los que han sido excluidos y los límites de los que se cierran en sí mismos
- b) siempre ha sido la base de la definición del concepto de ciudadanía, haciendo hincapié en los derechos de algunos frente a los límites de otros
- c) es una noción que se remonta a la época de la polis griega y que define el concepto de multiculturalidad
- d) se origina en la polis griega pero ahora ya no es un fenómeno presente en nuestras ciudades

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

CIUDADANÍA E INTERCULTURALIDAD: CLAVES PARA LA EDUCACIÓN DEL SIGLO XXI

En cualquier ciudad del mundo la pluralidad y la diversidad inherentes al ser humano están presentes, pudiéndose observar gentes de distinta nacionalidad, lengua, color, ideología y clase social habitando un mismo espacio. Más allá de constituir una imagen folclórica, esta representación nos invita a reflexionar sobre los modos de estar y de participar en la vida ciudadana. La ciudadanía, desde su origen en la polis griega, ha venido articulándose a través del binomio exclusión/inclusión constituyéndose, en la mayoría de ocasiones, en una noción excluyente que evidencia los privilegios, los derechos y los límites de unos frente a otros.

Hoy en día esas visiones excluyentes y homogéneas deben abandonarse para dar paso a las nuevas formas de pensar y de actuar que exige la multiculturalidad. La ciudadanía tiene que ser pensada desde nuevos marcos ligados a la justicia, a la equidad, al diálogo continuo y abierto a la otredad. Cabe pensar en una ciudadanía intercultural que produzca el diálogo entre las culturas, que lleve al respeto por las diferencias, y a dilucidar

conjuntamente aquello a lo que sería irrenunciable si se quiere construir una convivencia justa y feliz. Para alcanzar dichas metas se debe construir un proyecto de ciudad que considere que, más allá de las fronteras y de las barreras, existen las personas que habitan ese espacio. En dicho proyecto se deben tomar decisiones frente a la discriminación, la segregación, la falta de reconocimiento y la ausencia de libertad cultural, entre otras realidades.

[...] Pero a ser ciudadano se aprende, así que educar en la interculturalidad adquiere una dimensión fundamental e imprescindible. [...] La educación debe ofrecer al futuro ciudadano los conocimientos, habilidades, competencias, actitudes y valores necesarios para asumir activamente su papel como personas responsables, solidarias y sensibles a las diferentes realidades.

Si queremos hacer una educación de calidad, es necesario conectar el mundo escolar con las necesidades de la sociedad del siglo XXI, lo que exige replantear y reconstruir nuestro sistema educativo.

Arnáiz Sánchez, P., R. De Haro Rodríguez (2004). "Ciudadanía e interculturalidad: claves para la educación del siglo XXI". *Educatio siglo XXI*. 22. 19-37.

<http://revistas.um.es/educatio/article/view/97>

La ciudadanía intercultural

- a) todavía no prevé la necesidad de un diálogo abierto entre las culturas
- b) prevé la inclusión de la otredad como base para una convivencia social armónica y respetuosa
- c) es sinónimo de sumisión a la otredad
- d) puede contribuir a construir una convivencia justa solo si se subordina a la cultura dominante

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

CIUDADANÍA E INTERCULTURALIDAD: CLAVES PARA LA EDUCACIÓN DEL SIGLO XXI

En cualquier ciudad del mundo la pluralidad y la diversidad inherentes al ser humano están presentes, pudiéndose observar gentes de distinta nacionalidad, lengua, color, ideología y clase social habitando un mismo espacio. Más allá de constituir una imagen folclórica, esta representación nos invita a reflexionar sobre los modos de estar y de participar en la vida ciudadana. La ciudadanía, desde su origen en la polis griega, ha venido articulándose a través del binomio exclusión/inclusión constituyéndose, en la mayoría de ocasiones, en una noción excluyente que evidencia los privilegios, los derechos y los límites de unos frente a otros.

Hoy en día esas visiones excluyentes y homogéneas deben abandonarse para dar paso a las nuevas formas de pensar y de actuar que exige la multiculturalidad. La ciudadanía tiene que ser pensada desde nuevos marcos ligados a la justicia, a la equidad, al diálogo continuo y abierto a la otredad. Cabe pensar en una ciudadanía intercultural que produzca el diálogo entre las culturas, que lleve al respeto por las diferencias, y a dilucidar conjuntamente aquello a lo que sería irrenunciable si se quiere construir una convivencia justa y feliz.

Para alcanzar dichas metas se debe construir un proyecto de ciudad que considere que, más allá de las fronteras y de las barreras, existen las personas que habitan ese espacio. En dicho proyecto se deben tomar decisiones frente a la discriminación, la segregación, la falta de reconocimiento y la ausencia de libertad cultural, entre otras realidades.

[...] Pero a ser ciudadano se aprende, así que educar en la interculturalidad adquiere una dimensión fundamental e imprescindible. [...] La educación debe ofrecer al futuro ciudadano los conocimientos, habilidades, competencias, actitudes y valores necesarios para asumir activamente su papel como personas responsables, solidarias y sensibles a las diferentes realidades.

Si queremos hacer una educación de calidad, es necesario conectar el mundo escolar con las necesidades de la sociedad del siglo XXI, lo que exige replantear y reconstruir nuestro sistema educativo.

Arnáiz Sánchez, P., R. De Haro Rodríguez (2004). "Ciudadanía e interculturalidad: claves para la educación del siglo XXI". *Educatio siglo XXI*. 22. 19-37.

<http://revistas.um.es/educatio/article/view/97>

Para conseguir una ciudadanía intercultural

- a) hay que decidir qué hacer con respecto a todo tipo de trato discriminatorio
- b) se les debe garantizar una casa a todos los ciudadanos
- c) es preciso tomar en consideración la presencia de barreras que limiten el acceso a la ciudad
- d) es imprescindible condenar la discriminación, la segregación y todo tipo de falta de libertad que cualquier ciudadano pueda sufrir

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

CIUDADANÍA E INTERCULTURALIDAD: CLAVES PARA LA EDUCACIÓN DEL SIGLO XXI

En cualquier ciudad del mundo la pluralidad y la diversidad inherentes al ser humano están presentes, pudiéndose observar gentes de distinta nacionalidad, lengua, color, ideología y clase social habitando un mismo espacio. Más allá de constituir una imagen folclórica, esta representación nos invita a reflexionar sobre los modos de estar y de participar en la vida ciudadana. La ciudadanía, desde su origen en la polis griega, ha venido articulándose a través del binomio exclusión/inclusión constituyéndose, en la mayoría de ocasiones, en una noción excluyente que evidencia los privilegios, los derechos y los límites de unos frente a otros.

Hoy en día esas visiones excluyentes y homogéneas deben abandonarse para dar paso a las nuevas formas de pensar y de actuar que exige la multiculturalidad. La ciudadanía tiene que ser pensada desde nuevos marcos ligados a la justicia, a la equidad, al diálogo continuo y abierto a la otredad. Cabe pensar en una ciudadanía intercultural que produzca el diálogo entre las culturas, que lleve al respeto por las diferencias, y a dilucidar conjuntamente aquello a lo que sería irrenunciable si se quiere construir una convivencia justa y feliz.

Para alcanzar dichas metas se debe construir un proyecto de ciudad que considere que, más allá de las fronteras y de las barreras, existen las personas que habitan ese espacio. En dicho proyecto se deben tomar decisiones frente a la discriminación, la segregación, la falta de reconocimiento y la ausencia de libertad cultural, entre otras realidades.

[...] Pero a ser ciudadano se aprende, así que educar en la interculturalidad adquiere una dimensión fundamental e imprescindible. [...] La educación debe ofrecer al futuro ciudadano los conocimientos, habilidades, competencias, actitudes y valores necesarios para asumir activamente su papel como personas responsables, solidarias y sensibles a las diferentes realidades.

Si queremos hacer una educación de calidad, es necesario conectar el mundo escolar con las necesidades de la sociedad del siglo XXI, lo que exige replantear y reconstruir nuestro sistema educativo.

Arnáiz Sánchez, P., R. De Haro Rodríguez (2004). "Ciudadanía e interculturalidad: claves para la educación del siglo XXI". *Educatio siglo XXI*. 22. 19-37.

<http://revistas.um.es/educatio/article/view/97>

Educación en la interculturalidad

- a) es el reto del siglo XXI
- b) es algo que se aprende; sin embargo el mundo escolar ahora tiene otras urgencias relacionadas con las necesidades del siglo XXI
- c) puede ofrecer al ciudadano del futuro los recursos y los valores para actuar de forma responsable hacia las diferencias
- d) prescinde de conocimientos, habilidades, competencias, actitudes y valores necesarios para llegar a ser personas responsables, solidarias y sensibles a las diferentes realidades

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo

Con la reciente ampliación de la UE, el concepto de ciudadanía ocupa de nuevo un lugar destacado en la agenda política. A medida que Europa crece y se une, se hace cada vez más importante explicar a los jóvenes el significado de la ciudadanía responsable en una sociedad democrática, siendo igualmente necesario enseñarles los principios de una actitud cívica positiva. Por el bien de la cohesión social en Europa y de una identidad europea común, los alumnos, en los centros docentes, deben recibir información específica sobre el significado de la ciudadanía, los tipos de derechos y deberes que esta conlleva [...].

Los políticos también han reconocido la necesidad de acercar la UE a los ciudadanos y de consolidar la democracia promoviendo su participación activa en la vida de la sociedad. Por esta razón, a principios de 2003 se creó [...] un grupo de trabajo sobre "Entorno de aprendizaje abierto, ciudadanía activa e inclusión social". Uno de sus objetivos es garantizar "la promoción eficaz del aprendizaje de valores democráticos y la participación democrática de todos los miembros de la escuela con el fin de preparar a las personas para la ciudadanía activa". Por esta razón, los representantes de los Estados miembros de la UE han proporcionado a dicho grupo de trabajo importantes datos sobre la educación para la ciudadanía.

Desde comienzos de 2004, la Comisión Europea ha venido desarrollando un programa de acción comunitario para fomentar la ciudadanía activa, con el fin de apoyar a varios organismos y acciones en este campo. El objetivo de este programa es promover los valores y objetivos de la UE, acercar a los ciudadanos a la misma e implicarlos en la reflexión y el debate sobre su futuro, intensificando las relaciones entre los ciudadanos de los distintos países y estimulando iniciativas en el campo de la ciudadanía activa. Este programa concluirá en diciembre de 2006. [...] Además del programa de acción comunitario, la Comisión Europea ha acordado aumentar la investigación para elaborar indicadores clave para la cohesión social y la ciudadanía activa en Europa.

Dirección General de Educación y Cultura (2005). "La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo". Eurydice, La Red europea de información en educación. ISBN 92-894-9582-0.
<http://www.oei.es/valores2/055ES.pdf>

El tema de la "ciudadanía"

- a) cobra relevancia a medida que Europa va aumentando y uniéndose, sobre todo con respecto a la formación de los jóvenes
- b) ha creado un encendido debate entre los jóvenes de la UE
- c) va cambiando y evolucionando según crece el número de Estados en EEUU
- d) va quedando relegado por otras cuestiones surgidas con las distintas ampliaciones de la UE

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo

Con la reciente ampliación de la UE, el concepto de ciudadanía ocupa de nuevo un lugar destacado en la agenda política. A medida que Europa crece y se une, se hace cada vez más importante explicar a los jóvenes el significado de la ciudadanía responsable en una sociedad democrática, siendo igualmente necesario enseñarles los principios de una actitud cívica positiva. Por el bien de la cohesión social en Europa y de una identidad europea común, los alumnos, en los centros docentes, deben recibir información específica sobre el significado de la ciudadanía, los tipos de derechos y deberes que esta conlleva [...].

Los políticos también han reconocido la necesidad de acercar la UE a los ciudadanos y de consolidar la democracia promoviendo su participación activa en la vida de la sociedad. Por esta razón, a principios de 2003 se creó [...] un grupo de trabajo sobre "Entorno de aprendizaje abierto, ciudadanía activa e inclusión social". Uno

de sus objetivos es garantizar "la promoción eficaz del aprendizaje de valores democráticos y la participación democrática de todos los miembros de la escuela con el fin de preparar a las personas para la ciudadanía activa". Por esta razón, los representantes de los Estados miembros de la UE han proporcionado a dicho grupo de trabajo importantes datos sobre la educación para la ciudadanía.

Desde comienzos de 2004, la Comisión Europea ha venido desarrollando un programa de acción comunitario para fomentar la ciudadanía activa, con el fin de apoyar a varios organismos y acciones en este campo. El objetivo de este programa es promover los valores y objetivos de la UE, acercar a los ciudadanos a la misma e implicarlos en la reflexión y el debate sobre su futuro, intensificando las relaciones entre los ciudadanos de los distintos países y estimulando iniciativas en el campo de la ciudadanía activa. Este programa concluirá en diciembre de 2006. [...] Además del programa de acción comunitario, la Comisión Europea ha acordado aumentar la investigación para elaborar indicadores clave para la cohesión social y la ciudadanía activa en Europa.

Dirección General de Educación y Cultura (2005). "La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo". Eurydice, La Red europea de información en educación. ISBN 92-894-9582-0.

<http://www.oei.es/valores2/055ES.pdf>

Reflexionar sobre el concepto de "ciudadanía"

- a) es conveniente para prevenir el acercamiento de los ciudadanos a la UE
- b) se hace necesario para eludir la cohesión social en Europa
- c) es fundamental para promover y consolidar las identidades individuales de cada Estado miembro de la UE
- d) en los centros docentes es prioritario para informar a los estudiantes sobre los derechos y obligaciones que este conlleva

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo

Con la reciente ampliación de la UE, el concepto de ciudadanía ocupa de nuevo un lugar destacado en la agenda política. A medida que Europa crece y se une, se hace cada vez más importante explicar a los jóvenes el significado de la ciudadanía responsable en una sociedad democrática, siendo igualmente necesario enseñarles los principios de una actitud cívica positiva. Por el bien de la cohesión social en Europa y de una identidad europea común, los alumnos, en los centros docentes, deben recibir información específica sobre el significado de la ciudadanía, los tipos de derechos y deberes que esta conlleva [...].

Los políticos también han reconocido la necesidad de acercar la UE a los ciudadanos y de consolidar la democracia promoviendo su participación activa en la vida de la sociedad. Por esta razón, a principios de 2003 se creó [...] un grupo de trabajo sobre "Entorno de aprendizaje abierto, ciudadanía activa e inclusión social". Uno de sus objetivos es garantizar "la promoción eficaz del aprendizaje de valores democráticos y la participación democrática de todos los miembros de la escuela con el fin de preparar a las personas para la ciudadanía activa". Por esta razón, los representantes de los Estados miembros de la UE han proporcionado a dicho grupo de trabajo importantes datos sobre la educación para la ciudadanía.

Desde comienzos de 2004, la Comisión Europea ha venido desarrollando un programa de acción comunitario para fomentar la ciudadanía activa, con el fin de apoyar a varios organismos y acciones en este campo. El objetivo de este programa es promover los valores y objetivos de la UE, acercar a los ciudadanos a la misma e implicarlos en la reflexión y el debate sobre su futuro, intensificando las relaciones entre los ciudadanos de los distintos países y estimulando iniciativas en el campo de la ciudadanía activa. Este programa concluirá en diciembre de 2006. [...] Además del programa de acción comunitario, la Comisión Europea ha acordado aumentar la investigación para elaborar indicadores clave para la cohesión social y la ciudadanía activa en Europa.

Dirección General de Educación y Cultura (2005). "La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo". Eurydice, La Red europea de información en educación. ISBN 92-894-9582-0.

El grupo de trabajo sobre "Entorno de aprendizaje abierto, ciudadanía activa e inclusión social"

- a) ha recibido datos irrelevantes sobre educación para la ciudadanía impartida en las escuelas seleccionadas
- b) forma a los miembros de las escuelas para la enseñanza de los derechos dentro de la UE
- c) fomenta el debate sobre los valores democráticos en las escuelas seleccionadas
- d) promueve la enseñanza de valores democráticos con la participación integral de toda la comunidad escolar

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo

Con la reciente ampliación de la UE, el concepto de ciudadanía ocupa de nuevo un lugar destacado en la agenda política. A medida que Europa crece y se une, se hace cada vez más importante explicar a los jóvenes el significado de la ciudadanía responsable en una sociedad democrática, siendo igualmente necesario enseñarles los principios de una actitud cívica positiva. Por el bien de la cohesión social en Europa y de una identidad europea común, los alumnos, en los centros docentes, deben recibir información específica sobre el significado de la ciudadanía, los tipos de derechos y deberes que esta conlleva [...].

Los políticos también han reconocido la necesidad de acercar la UE a los ciudadanos y de consolidar la democracia promoviendo su participación activa en la vida de la sociedad. Por esta razón, a principios de 2003 se creó [...] un grupo de trabajo sobre "Entorno de aprendizaje abierto, ciudadanía activa e inclusión social". Uno de sus objetivos es garantizar "la promoción eficaz del aprendizaje de valores democráticos y la participación democrática de todos los miembros de la escuela con el fin de preparar a las personas para la ciudadanía activa". Por esta razón, los representantes de los Estados miembros de la UE han proporcionado a dicho grupo de trabajo importantes datos sobre la educación para la ciudadanía.

Desde comienzos de 2004, la Comisión Europea ha venido desarrollando un programa de acción comunitario para fomentar la ciudadanía activa, con el fin de apoyar a varios organismos y acciones en este campo. El objetivo de este programa es promover los valores y objetivos de la UE, acercar a los ciudadanos a la misma e implicarlos en la reflexión y el debate sobre su futuro, intensificando las relaciones entre los ciudadanos de los distintos países y estimulando iniciativas en el campo de la ciudadanía activa. Este programa concluirá en diciembre de 2006. [...] Además del programa de acción comunitario, la Comisión Europea ha acordado aumentar la investigación para elaborar indicadores clave para la cohesión social y la ciudadanía activa en Europa.

Dirección General de Educación y Cultura (2005). "La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo". Eurydice, La Red europea de información en educación. ISBN 92-894-9582-0.

<http://www.oei.es/valores2/055ES.pdf>

La Comisión Europea

- a) ha emprendido programas comunitarios para implicar a los ciudadanos en la reflexión común y debate sobre el futuro de la UE
- b) ha desarrollado varios programas comunitarios para fomentar las distintas identidades europeas existentes dentro de la UE
- c) ha concluido varios programas comunitarios que pretendían aproximar a los ciudadanos a los futuros nuevos Estados miembros de la UE
- d) ha impulsado programas comunitarios para promover el acercamiento de los estados miembros a la UE

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo

Con la reciente ampliación de la UE, el concepto de ciudadanía ocupa de nuevo un lugar destacado en la agenda política. A medida que Europa crece y se une, se hace cada vez más importante explicar a los jóvenes el significado de la ciudadanía responsable en una sociedad democrática, siendo igualmente necesario enseñarles los principios de una actitud cívica positiva. Por el bien de la cohesión social en Europa y de una identidad europea común, los alumnos, en los centros docentes, deben recibir información específica sobre el significado de la ciudadanía, los tipos de derechos y deberes que esta conlleva [...].

Los políticos también han reconocido la necesidad de acercar la UE a los ciudadanos y de consolidar la democracia promoviendo su participación activa en la vida de la sociedad. Por esta razón, a principios de 2003 se creó [...] un grupo de trabajo sobre "Entorno de aprendizaje abierto, ciudadanía activa e inclusión social". Uno de sus objetivos es garantizar "la promoción eficaz del aprendizaje de valores democráticos y la participación democrática de todos los miembros de la escuela con el fin de preparar a las personas para la ciudadanía activa". Por esta razón, los representantes de los Estados miembros de la UE han proporcionado a dicho grupo de trabajo importantes datos sobre la educación para la ciudadanía.

Desde comienzos de 2004, la Comisión Europea ha venido desarrollando un programa de acción comunitario para fomentar la ciudadanía activa, con el fin de apoyar a varios organismos y acciones en este campo. El objetivo de este programa es promover los valores y objetivos de la UE, acercar a los ciudadanos a la misma e implicarlos en la reflexión y el debate sobre su futuro, intensificando las relaciones entre los ciudadanos de los distintos países y estimulando iniciativas en el campo de la ciudadanía activa. Este programa concluirá en diciembre de 2006. [...] Además del programa de acción comunitario, la Comisión Europea ha acordado aumentar la investigación para elaborar indicadores clave para la cohesión social y la ciudadanía activa en Europa.

Dirección General de Educación y Cultura (2005). "La educación para la ciudadanía en el contexto escolar europeo". Eurydice, La Red europea de información en educación. ISBN 92-894-9582-0.
<http://www.oei.es/valores2/055ES.pdf>

La Comisión Europea

- a) ha reducido la investigación en cohesión social y ciudadanía activa a causa de la crisis
- b) está elaborando indicadores clave para investigar a los ciudadanos de la UE
- c) ha acordado reforzar con más fondos la investigación en ciudadanía activa en los Estados miembros de la UE
- d) ha decidido aumentar fondos para investigar la cohesión social en los futuros Estados miembros de la UE

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

En démocratie, l'école « citoyenne » considérée comme une communauté (maîtres, élèves, parents, administration et personnel de service) n'a pas la légitimité de proposer une morale particulière (hormis les écoles confessionnelles), mais elle a pour mission de promouvoir l'éthique de la démocratie, et donc de contribuer à une démocratisation de la société par l'enseignement des libertés et des responsabilités. S'il n'est pas question d'imposer une morale particulière, il est par contre essentiel d'enseigner le respect des droits fondamentaux. Telle est la base de l'éducation à la citoyenneté. Prenons l'image du théâtre grec construit un peu en forme de coquille Saint-Jacques. La diversité des opinions, des formations et des origines sociales se trouve dans les gradins. Mais l'espace public démocratique auquel l'école participe et pour lequel elle a mission de

former les apprenants n'est pas qu'un échange d'opinions. Celles-ci sont amenées à converger vers la scène, où les savoirs sont interprétés. Le mur au fond de la scène est essentiel : il signifie que tout n'est pas permis, que l'enseignement consiste à montrer les signes de distinction entre échec et réussite, médiocrité et excellence. Les droits humains sont comme l'armature de ce mur, ils indiquent les interdits fondateurs, les règles qui lient la société – nos lois fondamentales – non pas comme les plus petits dénominateurs communs, mais comme des idéaux contraignants. C'est ça l'enjeu de l'éducation à la citoyenneté. Car même pour l'interdit du crime, qui semble facile à respecter, ce n'est pas si simple. Et que dire de l'interdit du mensonge ? Il est fondateur de toute société, car la confiance mutuelle définit notre espace social de liberté : elle nous sépare de la jungle. Et pourtant, le mensonge s'insinue partout, y compris en politique, ce qui n'encourage pas les élèves à s'intéresser à la chose publique, à la citoyenneté.

Adapté de : <http://www.globaleducation.ch>

Le texte nous dit que dans une démocratie l'éducation à la citoyenneté est fondée sur :

- a) le respect des droits humains fondamentaux.
- b) une morale confessionnelle particulière.
- c) l'interdiction du crime.
- d) la mise en scène de l'espace public.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

En démocratie, l'école « citoyenne » considérée comme une communauté (maîtres, élèves, parents, administration et personnel de service) n'a pas la légitimité de proposer une morale particulière (hormis les écoles confessionnelles), mais elle a pour mission de promouvoir l'éthique de la démocratie, et donc de contribuer à une démocratisation de la société par l'enseignement des libertés et des responsabilités. S'il n'est pas question d'imposer une morale particulière, il est par contre essentiel d'enseigner le respect des droits fondamentaux. Telle est la base de l'éducation à la citoyenneté. Prenons l'image du théâtre grec construit un peu en forme de coquille Saint-Jacques. La diversité des opinions, des formations et des origines sociales se trouve dans les gradins. Mais l'espace public démocratique auquel l'école participe et pour lequel elle a mission de former les apprenants n'est pas qu'un échange d'opinions. Celles-ci sont amenées à converger vers la scène, où les savoirs sont interprétés. Le mur au fond de la scène est essentiel : il signifie que tout n'est pas permis, que l'enseignement consiste à montrer les signes de distinction entre échec et réussite, médiocrité et excellence. Les droits humains sont comme l'armature de ce mur, ils indiquent les interdits fondateurs, les règles qui lient la société – nos lois fondamentales – non pas comme les plus petits dénominateurs communs, mais comme des idéaux contraignants. C'est ça l'enjeu de l'éducation à la citoyenneté. Car même pour l'interdit du crime, qui semble facile à respecter, ce n'est pas si simple. Et que dire de l'interdit du mensonge ? Il est fondateur de toute société, car la confiance mutuelle définit notre espace social de liberté : elle nous sépare de la jungle. Et pourtant, le mensonge s'insinue partout, y compris en politique, ce qui n'encourage pas les élèves à s'intéresser à la chose publique, à la citoyenneté.

Adapté de : <http://www.globaleducation.ch>

Selon l'auteur, l'un des mandats de l'Ecole citoyenne consiste à :

- a) approuver les interdits.
- b) promouvoir l'excellence.
- c) démocratiser la société.
- d) exclure les médiocres.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

En démocratie, l'école « citoyenne » considérée comme une communauté (maîtres, élèves, parents, administration et personnel de service) n'a pas la légitimité de proposer une morale particulière (hormis les écoles confessionnelles), mais elle a pour mission de promouvoir l'éthique de la démocratie, et donc de contribuer à une démocratisation de la société par l'enseignement des libertés et des responsabilités. S'il n'est pas question d'imposer une morale particulière, il est par contre essentiel d'enseigner le respect des droits fondamentaux. Telle est la base de l'éducation à la citoyenneté. Prenons l'image du théâtre grec construit un peu en forme de coquille Saint-Jacques. La diversité des opinions, des formations et des origines sociales se trouve dans les gradins. Mais l'espace public démocratique auquel l'école participe et pour lequel elle a mission de former les apprenants n'est pas qu'un échange d'opinions. Celles-ci sont amenées à converger vers la scène, où les savoirs sont interprétés. Le mur au fond de la scène est essentiel : il signifie que tout n'est pas permis, que l'enseignement consiste à montrer les signes de distinction entre échec et réussite, médiocrité et excellence. Les droits humains sont comme l'armature de ce mur, ils indiquent les interdits fondateurs, les règles qui lient la société – nos lois fondamentales – non pas comme les plus petits dénominateurs communs, mais comme des idéaux contraignants. C'est ça l'enjeu de l'éducation à la citoyenneté. Car même pour l'interdit du crime, qui semble facile à respecter, ce n'est pas si simple. Et que dire de l'interdit du mensonge ? Il est fondateur de toute société, car la confiance mutuelle définit notre espace social de liberté : elle nous sépare de la jungle. Et pourtant, le mensonge s'insinue partout, y compris en politique, ce qui n'encourage pas les élèves à s'intéresser à la chose publique, à la citoyenneté.

Adapté de : <http://www.globaleducation.ch>

Le texte nous dit que la démocratisation de la société suppose :

- a) le refus de l'échec.
- b) l'enseignement des libertés et des responsabilités.
- c) la connaissance du théâtre grec antique.
- d) le rapport équilibré entre la médiocrité et l'excellence.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

En démocratie, l'école « citoyenne » considérée comme une communauté (maîtres, élèves, parents, administration et personnel de service) n'a pas la légitimité de proposer une morale particulière (hormis les écoles confessionnelles), mais elle a pour mission de promouvoir l'éthique de la démocratie, et donc de contribuer à une démocratisation de la société par l'enseignement des libertés et des responsabilités. S'il n'est pas question d'imposer une morale particulière, il est par contre essentiel d'enseigner le respect des droits fondamentaux. Telle est la base de l'éducation à la citoyenneté. Prenons l'image du théâtre grec construit un peu en forme de coquille Saint-Jacques. La diversité des opinions, des formations et des origines sociales se trouve dans les gradins. Mais l'espace public démocratique auquel l'école participe et pour lequel elle a mission de former les apprenants n'est pas qu'un échange d'opinions. Celles-ci sont amenées à converger vers la scène, où les savoirs sont interprétés. Le mur au fond de la scène est essentiel : il signifie que tout n'est pas permis, que l'enseignement consiste à montrer les signes de distinction entre échec et réussite, médiocrité et excellence. Les droits humains sont comme l'armature de ce mur, ils indiquent les interdits fondateurs, les règles qui lient la société – nos lois fondamentales – non pas comme les plus petits dénominateurs communs, mais comme des idéaux contraignants. C'est ça l'enjeu de l'éducation à la citoyenneté. Car même pour l'interdit du crime, qui semble facile à respecter, ce n'est pas si simple. Et que dire de l'interdit du mensonge ? Il est fondateur de toute société, car la confiance mutuelle définit notre espace social de liberté : elle nous sépare de la jungle. Et pourtant, le mensonge s'insinue partout, y compris en politique, ce qui n'encourage pas les élèves à s'intéresser à la chose publique, à la citoyenneté.

Adapté de : <http://www.globaleducation.ch>

Selon l'auteur, les élèves s'intéressent peu à la vie politique et sociale à cause de:

- a) l'interdit du mensonge.

- b) le non-respect de la jungle et de la nature en général.
- c) l'omniprésence du mensonge dans la société.
- d) le manque d'espaces publics.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

En démocratie, l'école « citoyenne » considérée comme une communauté (maîtres, élèves, parents, administration et personnel de service) n'a pas la légitimité de proposer une morale particulière (hormis les écoles confessionnelles), mais elle a pour mission de promouvoir l'éthique de la démocratie, et donc de contribuer à une démocratisation de la société par l'enseignement des libertés et des responsabilités. S'il n'est pas question d'imposer une morale particulière, il est par contre essentiel d'enseigner le respect des droits fondamentaux. Telle est la base de l'éducation à la citoyenneté. Prenons l'image du théâtre grec construit un peu en forme de coquille Saint-Jacques. La diversité des opinions, des formations et des origines sociales se trouve dans les gradins. Mais l'espace public démocratique auquel l'école participe et pour lequel elle a mission de former les apprenants n'est pas qu'un échange d'opinions. Celles-ci sont amenées à converger vers la scène, où les savoirs sont interprétés. Le mur au fond de la scène est essentiel : il signifie que tout n'est pas permis, que l'enseignement consiste à montrer les signes de distinction entre échec et réussite, médiocrité et excellence. Les droits humains sont comme l'armature de ce mur, ils indiquent les interdits fondateurs, les règles qui lient la société – nos lois fondamentales – non pas comme les plus petits dénominateurs communs, mais comme des idéaux contraignants. C'est ça l'enjeu de l'éducation à la citoyenneté. Car même pour l'interdit du crime, qui semble facile à respecter, ce n'est pas si simple. Et que dire de l'interdit du mensonge ? Il est fondateur de toute société, car la confiance mutuelle définit notre espace social de liberté : elle nous sépare de la jungle. Et pourtant, le mensonge s'insinue partout, y compris en politique, ce qui n'encourage pas les élèves à s'intéresser à la chose publique, à la citoyenneté.

Adapté de : <http://www.globaleducation.ch>

Le texte suggère que dans l'espace social de liberté

- a) chacun peut faire ce que bon lui semble à condition de ne pas mentir.
- b) la politique n'a pas sa place.
- c) il faut respecter certains interdits fondateurs.
- d) certains idéaux sont trop contraignants.

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

« Qu'est-ce qui rend si urgent la citoyenneté active ? »

« Il est important de travailler à la citoyenneté, et ce toujours, mais peut-être encore plus dans le contexte actuel, avec les migrations, les attentats. Plus que jamais, on a besoin de vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs. [...]. Le rôle de la société civile est évidemment de sensibiliser les politiques, de les pousser à agir et de compléter son action. Et puis il y a aussi ce rôle de sensibilisation et de mise en mouvement des citoyens. Les champs que recouvre la citoyenneté active sont très larges. »

« Concrètement, quel domaine visez-vous ? »

« Notre champ d'action concerne l'agriculture familiale durable en Afrique et en Amérique latine. Nous voulons permettre à des citoyens d'ici de soutenir des projets là-bas, afin de les faire accéder à une vie meilleure en tirant des revenus de leur exploitation familiale. On vit dans un monde globalisé. Les frontières s'estompent. La distinction nord-sud est amenée à disparaître. Et il est sûr aussi qu'aider des gens dans ces pays nous amène à nous questionner sur ce qu'on est, notre mode de développement, si on est heureux, quel type de société on veut en Belgique. C'est quoi être citoyen du monde ? Notre horizon s'arrête-t-il à notre commune ou a-t-on une responsabilité plus large ? Toutes ces questions font aussi partie du travail que l'on mène. Globalement, ces dernières années, c'est devenu plus difficile. Mais on voit aussi que la crise économique ou des événements comme ceux de Paris amènent une polarisation : chez certains cela suscite un élan de solidarité encore plus fort ;

chez d'autres cela va exacerber la peur et le repli sur soi. Le travail de sensibilisation, d'échanges, d'information que Le Soir fait dans le cadre de cette opération avec les Îles de Paix est tellement important. »

<http://www.lesoir.be>

Qu'est-ce qui rend si urgent la citoyenneté active?

- a) Le besoin de vivre ensemble, de construire des murs plutôt que des ponts.
- b) Le besoin de vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs.
- c) La nécessité de ne pas vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs.
- d) L'absence de migrations.

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

« Qu'est-ce qui rend si urgent la citoyenneté active ? »

« Il est important de travailler à la citoyenneté, et ce toujours, mais peut-être encore plus dans le contexte actuel, avec les migrations, les attentats. Plus que jamais, on a besoin de vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs. [...] Le rôle de la société civile est évidemment de sensibiliser les politiques, de les pousser à agir et de compléter son action. Et puis il y a aussi ce rôle de sensibilisation et de mise en mouvement des citoyens. Les champs que recouvre la citoyenneté active sont très larges. »

« Concrètement, quel domaine visez-vous ? »

« Notre champ d'action concerne l'agriculture familiale durable en Afrique et en Amérique latine. Nous voulons permettre à des citoyens d'ici de soutenir des projets là-bas, afin de les faire accéder à une vie meilleure en tirant des revenus de leur exploitation familiale. On vit dans un monde globalisé. Les frontières s'estompent. La distinction nord-sud est amenée à disparaître. Et il est sûr aussi qu'aider des gens dans ces pays nous amène à nous questionner sur ce qu'on est, notre mode de développement, si on est heureux, quel type de société on veut en Belgique. C'est quoi être citoyen du monde ? Notre horizon s'arrête-t-il à notre commune ou a-t-on une responsabilité plus large ? Toutes ces questions font aussi partie du travail que l'on mène. Globalement, ces dernières années, c'est devenu plus difficile. Mais on voit aussi que la crise économique ou des événements comme ceux de Paris amènent une polarisation : chez certains cela suscite un élan de solidarité encore plus fort ; chez d'autres cela va exacerber la peur et le repli sur soi. Le travail de sensibilisation, d'échanges, d'information que Le Soir fait dans le cadre de cette opération avec les Îles de Paix est tellement important. »

<http://www.lesoir.be>

Quelle est la tâche de la société civile?

- a) Eviter la sensibilisation des citoyens.
- b) Eloigner les politiques.
- c) Sensibiliser les politiques.
- d) Pousser les femmes à agir.

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

« Qu'est-ce qui rend si urgent la citoyenneté active ? »

« Il est important de travailler à la citoyenneté, et ce toujours, mais peut-être encore plus dans le contexte actuel, avec les migrations, les attentats. Plus que jamais, on a besoin de vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs. [...] Le rôle de la société civile est évidemment de sensibiliser les politiques, de les pousser à agir et de compléter son action. Et puis il y a aussi ce rôle de sensibilisation et de mise en mouvement des citoyens. Les champs que recouvre la citoyenneté active sont très larges. »

« Concrètement, quel domaine visez-vous ? »

« Notre champ d'action concerne l'agriculture familiale durable en Afrique et en Amérique latine. Nous voulons

permettre à des citoyens d'ici de soutenir des projets là-bas, afin de les faire accéder à une vie meilleure en tirant des revenus de leur exploitation familiale. On vit dans un monde globalisé. Les frontières s'estompent. La distinction nord-sud est amenée à disparaître. Et il est sûr aussi qu'aider des gens dans ces pays nous amène à nous questionner sur ce qu'on est, notre mode de développement, si on est heureux, quel type de société on veut en Belgique. C'est quoi être citoyen du monde ? Notre horizon s'arrête-t-il à notre commune ou a-t-on une responsabilité plus large ? Toutes ces questions font aussi partie du travail que l'on mène. Globalement, ces dernières années, c'est devenu plus difficile. Mais on voit aussi que la crise économique ou des événements comme ceux de Paris amènent une polarisation : chez certains cela suscite un élan de solidarité encore plus fort ; chez d'autres cela va exacerber la peur et le repli sur soi. Le travail de sensibilisation, d'échanges, d'information que Le Soir fait dans le cadre de cette opération avec les Îles de Paix est tellement important. »
<http://www.lesoir.be>

Comment peut-on définir le monde d'aujourd'hui?

- a) Un monde où l'on veut sauvegarder l'individualité.
- b) Une réalité où la distinction nord-sud existe toujours.
- c) Un monde globalisé.
- d) Un monde où les frontières sont renforcées.

Quesito 8 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

« Qu'est-ce qui rend si urgent la citoyenneté active ? »

« Il est important de travailler à la citoyenneté, et ce toujours, mais peut-être encore plus dans le contexte actuel, avec les migrations, les attentats. Plus que jamais, on a besoin de vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs. [...] Le rôle de la société civile est évidemment de sensibiliser les politiques, de les pousser à agir et de compléter son action. Et puis il y a aussi ce rôle de sensibilisation et de mise en mouvement des citoyens. Les champs que recouvre la citoyenneté active sont très larges. »

« Concrètement, quel domaine visez-vous ? »

« Notre champ d'action concerne l'agriculture familiale durable en Afrique et en Amérique latine. Nous voulons permettre à des citoyens d'ici de soutenir des projets là-bas, afin de les faire accéder à une vie meilleure en tirant des revenus de leur exploitation familiale. On vit dans un monde globalisé. Les frontières s'estompent. La distinction nord-sud est amenée à disparaître. Et il est sûr aussi qu'aider des gens dans ces pays nous amène à nous questionner sur ce qu'on est, notre mode de développement, si on est heureux, quel type de société on veut en Belgique. C'est quoi être citoyen du monde ? Notre horizon s'arrête-t-il à notre commune ou a-t-on une responsabilité plus large ? Toutes ces questions font aussi partie du travail que l'on mène. Globalement, ces dernières années, c'est devenu plus difficile. Mais on voit aussi que la crise économique ou des événements comme ceux de Paris amènent une polarisation : chez certains cela suscite un élan de solidarité encore plus fort ; chez d'autres cela va exacerber la peur et le repli sur soi. Le travail de sensibilisation, d'échanges, d'information que Le Soir fait dans le cadre de cette opération avec les Îles de Paix est tellement important. »
<http://www.lesoir.be>

Quel est le but des projets en Afrique et en Amérique latine?

- a) Le développement du commerce.
- b) Permettre à ces pays une vie meilleure.
- c) Il n'y a pas de projets dans ces pays.
- d) Favoriser leur exploitation.

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

« Qu'est-ce qui rend si urgent la citoyenneté active ? »

« Il est important de travailler à la citoyenneté, et ce toujours, mais peut-être encore plus dans le contexte actuel, avec les migrations, les attentats. Plus que jamais, on a besoin de vivre ensemble, de construire des ponts plutôt que des murs. [...]. Le rôle de la société civile est évidemment de sensibiliser les politiques, de les pousser à agir et de compléter son action. Et puis il y a aussi ce rôle de sensibilisation et de mise en mouvement des citoyens. Les champs que recouvre la citoyenneté active sont très larges. »

« Concrètement, quel domaine visez-vous ? »

« Notre champ d'action concerne l'agriculture familiale durable en Afrique et en Amérique latine. Nous voulons permettre à des citoyens d'ici de soutenir des projets là-bas, afin de les faire accéder à une vie meilleure en tirant des revenus de leur exploitation familiale. On vit dans un monde globalisé. Les frontières s'estompent. La distinction nord-sud est amenée à disparaître. Et il est sûr aussi qu'aider des gens dans ces pays nous amène à nous questionner sur ce qu'on est, notre mode de développement, si on est heureux, quel type de société on veut en Belgique. C'est quoi être citoyen du monde ? Notre horizon s'arrête-t-il à notre commune ou a-t-on une responsabilité plus large ? Toutes ces questions font aussi partie du travail que l'on mène. Globalement, ces dernières années, c'est devenu plus difficile. Mais on voit aussi que la crise économique ou des événements comme ceux de Paris amènent une polarisation : chez certains cela suscite un élan de solidarité encore plus fort ; chez d'autres cela va exacerber la peur et le repli sur soi. Le travail de sensibilisation, d'échanges, d'information que Le Soir fait dans le cadre de cette opération avec les Îles de Paix est tellement important. »
<http://www.lesoir.be>

Quelles sont les conséquences de la crise économique et des événements parisiens?

- a) Terreur.
- b) Repli sur soi.
- c) Solidarité d'un côté et peur et repli sur soi de l'autre.
- d) Solidarité.